

# Heftiger Widerstand für die Bündner NFA von allen Seiten

**Die Bündner Lehrer sind bereit, je nach Ergebnis der Debatte im Grossen Rat das Referendum gegen die Bündner NFA zu ergreifen. Das zeigt eine Umfrage bei den Schulhausteams. Heftige Kritik kommt auch von Avenir Social.**

Von Peter Simmen

*Chur.* – Das Ergebnis ist mehr als deutlich: 148 Schulhausteams mit insgesamt 1221 Lehrpersonen haben sich an der Umfrage des Vorstands des Verbands Lehrpersonen Graubünden (Legr) zur Neugestaltung des Finanzausgleichs zwischen Kanton und Gemeinden (Bündner NFA) beteiligt. Sämtliche 148 Teams und 1208 Lehrpersonen gehen mit dem Legr-Vorstand einig, dass die Bündner Schule eine Verbundaufgabe zwischen Kanton und Gemeinden bleiben muss. Und sie unterstützen das Ansinnen

des Vorstands, dann das Referendum gegen die NFA zu ergreifen, wenn der Grosse Rat bei der Behandlung der Vorlage in der Aprilsession (20. bis 23. April) nicht auf diese Forderung einschwenkt.

## Systemwechsel nicht angezeigt

Hauptkritikpunkt des Legr ist der in der NFA vorgesehene Systemwechsel: Demnach sollen Führung und Finanzierung der Schule künftig allein Sache der Gemeinden sein. Der Vorstand und die Lehrpersonen seien dezidiert der Meinung, dass dies der falsche Weg sei, da in vielen Gemeinden die nötigen Strukturen fehlten, sagt Legr-Präsident Fabio Cantoni. Für die Schule und die Schulqualität könnte dies fatale Folgen haben.

Der Legr-Vorstand ist sich bewusst, dass der Systemwechsel an sich im Grossen Rat gar nicht zur Diskussion stehen wird. Dieser wird lediglich über Gesetzesanpassungen diskutieren, die aufgrund des Strategiewech-

sels notwendig werden. Laut Sandra Locher, Legr-Vorstandsmitglied und SP-Grossrätin aus Chur, soll die Verschiebung der Kompetenzen an die Gemeinden zumindest in der Eintretensdebatte thematisiert werden. Auf Seiten des Legr besteht nämlich Hoffnung, dass auf eine mögliche zweite Lesung hin der Strategiewechsel überdacht werden könnte.

Bei der Detailberatung werde es dann darum gehen, einzelnen von einer Kommissionsminderheit vertretenen Anträgen zum Durchbruch zu verhelfen, so Locher. Zentral sei zum Beispiel der Artikel im Behindertengesetz, in dem die Finanzierung von pädagogisch-therapeutischen Massnahmen geregelt werde. Hier will die Kommissionsminderheit erreichen, dass der Kanton zur Hälfte in die Finanzierung eingebunden bleibt. Damit das sonderpädagogische Konzept (Integration) erfolgreich umgesetzt werden könne, brauche es eine zweckgebundene Mitfinanzierung

des Kantons für pädagogisch-therapeutische Massnahmen, fordert der Legr. Entscheidend für die Frage, ob das Referendum ergriffen werde, sei letztlich die Antwort auf die Frage, wie viel an Wertschätzung der Grosse Rat der Bündner Schule entgegenbringe, sagt Fabio Cantoni.

## Auch Avenir Social unzufrieden

In einer ähnlichen Situation wie die Vertreter der Bündner Schule befindet sich der Berufsverband Avenir Social. Die Hauptkritikpunkte seien die geplante Verschiebung der Sozialberatung an die Gemeinden und die Streichung des Lastenausgleichs unter den Gemeinden, sagt Patrik Degiacomi, Präsident von Avenir Social Graubünden. Mit der NFA werde ein eigentliches Erfolgsmodell aufgegeben. Ob sich Avenir Social an einem allfälligen Referendum beteiligen werde, das werde man nach der Diskussion im Grossen Rat eingehend prüfen.